

## Begleitbogen zum Erlaubnis Antrag für eine kommunale Abwassereinleitung aus einer Niederschlagswasserkanalisation

Aktenzeichen des Einleiters:

<b>1.</b>	<b>Erfassung des Einleiters</b>		
1.1	Name:		
	Straße:		
	Ort:		
	E-Mail:		
1.2	zuständiges Amt:		
1.3	Ansprechpartner:		
	Telefon:		
1.4	Gewässerschutzbeauftragter:		Tel.:
	Vertreter:		Tel.:
1.5	Bezeichnung der Einleitungsstelle und der Sonderbauwerke <sup>1)</sup> im Netz:		
	Stadt/Gemeinde/Verband:		
	Ortsteil:		
	<small><sup>1)</sup> Bezeichnung der Regenbecken gem. Regenbeckenkataster</small>		
1.6	Entwässerungsverfahren:		
	<input type="checkbox"/> Mischverfahren	<input type="checkbox"/> Trennverfahren	
1.7	Rechtliche Ausgangslage:		
	Die Einleitungsstelle	<input type="checkbox"/> (a) ist bereits vorhanden	<input type="checkbox"/> (b) wird neu errichtet
	<b>a) <u>Zusätzliche Angaben für bestehende Einleitungsstellen:</u></b>		
	Werden innerhalb des Einzugsgebietes erstmals Flächen befestigt oder versiegelt?		
		<input type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> nein
	Wenn ja, erfolgt die Entwässerung gemäß § 44 LWG	<input type="checkbox"/>	durch ortsnahe Einleitung bzw. Versickerung oder Verrieselung
		<input type="checkbox"/>	durch Anschluss an die bestehende NW- Kanalisation

Ist eine wasserrechtliche Regelung vorhanden?

- nein (Begründung im Erläuterungsbericht)
- wasserrechtliche Erlaubnis
- Sanierungsbescheid
- Ordnungsverfügung

Der entsprechende Bescheid erging am:

durch:

Aktenzeichen:

mit folgender Befristung:

und folgender zulässiger Einleitungsmenge: **l/s**

Wasserbuchaktenzeichen:

**b) Zusätzliche Angaben bei neuen Einleitungsstellen bzw. erweiterten Entwässerungsgebieten:**

Besteht für die neu zu versiegelnden/befestigenden Flächen ein Bebauungsplan?

- ja, Bezeichnung des Bebauungsplanes und dortige Angaben/Festsetzungen im Hinblick auf § 44 LWG:
- nein, ausführliche Angaben und Begründungen im Hinblick auf den § 44 LWG sind im Erläuterungsbericht (zum Erlaubnisantrag) erforderlich

## **2. Beschreibung der Einleitung**

Bei unterschiedlichen Einleitungsstellen aus einem Sonderbauwerk (z.B. RKB, RRB) sind für jede Einleitungsstelle (z.B. Beckenüberlauf, Notüberlauf) die Punkte 2.1 bis 2.2 gesondert beizufügen.

### 2.1 Lage der Einleitung

(gem. „Gebietsbezeichnung und Verzeichnis der Gewässer in Nordrhein-Westfalen“, 2. Auflage 1986, Landesamt für Wasser und Abfall NRW).

#### 2.1.1 Gewässer, in das eingeleitet wird:

Größe des oberirdischen Gewässereinzugsgebietes  
an der Einleitungsstelle ( $A_{EO}$ ): km<sup>2</sup>

#### 2.1.2 Flussgebietskennzahl:

#### 2.1.3 Lage der Einleitungsstelle:

Gemarkung:

Flur: Flurstück:

Hat - sofern bekannt - der Grundstückseigentümer Bedenken/Einwände gegen die Einleitung, so dass seine Beteiligung im Erlaubnisverfahren geboten ist?

- ja  nein

(Art der Bedenken/Einwände- ggf. nähere Beschreibung im Erlaubnisantrag)

(Eigentümer – Name/Anschrift -)



2.3.2 Die Einleitung erfolgt über

Beckenüberlauf (BÜ)

Grundablass

Notüberlauf

eine Einleitungsstelle (zus. mit der unter Pkt. 2.1. bis 2.2 näher bezeichneten Einleitungsstelle)

gesonderte Einleitungsstelle

(Bei gesonderter Einleitungsstelle für den Becken- oder Notüberlauf bitte Ziffer 2 beachten)

2.3.3 Anzeige gemäß § 57 Abs. 1 LWG

liegt vor Datum und Aktenzeichen:

beantragt Datum des Antrags:

Genehmigung gemäß § 57 Abs. 2 LWG

liegt vor Datum und Aktenzeichen:

beantragt Datum des Antrags:

**3. Zweck der Einleitung**

3.1 Entsorgung der Gebiete:  
(Gebietsbezeichnung bzw. Gebietsbeschreibung - Straßennamen oder ähnliches)

3.1.1 Gebietsnutzung

Wohngebiet       Mischgebiet       Kerngebiet

Industrie- bzw. Gewerbegebiet       Sportfläche/Parkplatz

**4. Abwassermengen im Einleitungsbauwerk auf Grundlage der gewählten Bemessungsansätze**

$Q_{\text{max. Einl.}}$	=	l/s
Bezogen auf die Einzugsgebietsfläche der Kanalisation:		
- Fläche Abwasserentsorgungsgebiet ( $A_E$ )	=	ha
- Fläche kanalisiertes Entsorgungsgebiet ( $A_{E,k}$ )	=	ha
- Fläche nicht kanalisiertes Entsorgungsgebiet ( $A_{E,nk}$ )	=	ha
- befestigte Fläche ( $A_{E,b}$ )	=	ha
Regenspende (KOSTRA 2010)	$r_{D,n}$	= l/s/ha
Regenhäufigkeit	n	= a
Regendauer	D	= min
<u>Einleitungsmenge bei einem ungedrosselten Abfluss (ATV A 118)</u>		
$Q_r$ bezogen auf die Einzugsgebietsfläche der Einleitung		
- Bezeichnung des Berechnungsmodells:		
- Menge (Q)	=	l/s
$Q_r = r_{D,n} * \Psi_S * A_{E,k}$		( $\Psi_S$ = Tab. 6 DWA-A 118, Zeitbeiwertverfahren)

Einleitungsmenge bei einem gedrosselten Abfluss

- gedrosselter Abfluss  $Q_{dr}$  = l/s

- rechn. Entleerungsdauer von Rückhaltebecken  $t_e$  = s

(incl. Retentionsbodenfilter etc.)

$t_e = V_{RRB \text{ bzw. } RBF} [m^3] * 1000 [l/m^3] / 3600 [s/h]$  = h

$V_{RRB}$  bzw.  $V_{RBF}$  = Nutzvolumen (Volumen bis zur Höhe der Überfallschwelle)

**5. Sonstige Angaben**

5.1 Wird die Einleitung in einem festgesetzten oder geplanten Wasserschutz- Heilquellenschutzgebiet vorgenommen?

nein  ja

Falls ja, Bezeichnung des Schutzgebietes:

Betroffene Schutzzone:

5.1.1 Durchfließt das Gewässer im weiteren Verlauf bis zu einer Entfernung von 2 km unterhalb der Einleitungsstelle ein Wasserschutz-/Heilquellenschutzgebiet (Angabe der Schutzzone sowie der Entfernung zur Einleitungsstelle)?

Falls ja, Bezeichnung des Schutzgebietes:

5.2 Erfolgt die Einleitung innerhalb eines gesetzlich festgelegten Überschwemmungsgebietes des Einleitungsgewässers?

ja  nein

5.3 Gibt es im Einzugsgebiet bzw. im Einleitungsbereich Altlasten bzw. Altlastenverdachtsflächen?

ja  nein

Falls ja, konkrete Aussagen zu Art und Örtlichkeit:

**6. Hinweise zum Erläuterungsbericht**

In dem Erläuterungsbericht sind alle über die Punkte 1- 6 hinausgehenden Angaben und Beschreibungen aufzunehmen, die notwendig sind, um beurteilen zu können ob die allgemein anerkannten Regeln der Technik eingehalten werden und welche Auswirkungen von der Einleitung auf das Gewässer ausgehen. Insbesondere zu folgenden Stichworten sind in der Regel eingehende Angaben erforderlich:

Abwassertechnik

1. Berechnungs- und Bemessungsgrundlagen für die Ermittlung der Einleitungsmenge (A 118), Bemessungsdaten der Kanalisation
2. Berücksichtigung von § 44 LWG
3. Erläuterungen zur Beschaffenheit des Kanaleinzugsgebietes, Klassifizierung nach Bauleitplan
4. Betrieb, Zustand und Unterhaltung des Netzes (SüwVKan)

5. Sanierungserfordernisse und Maßnahmen

6. Fremdwasseranfall

Allgemeines:

Trennsystem

1. Angaben und Begründung über das vorhandene Verschmutzungspotential und ggf. Behandlungsbedürftigkeit des Niederschlagswassers

Belastung des Niederschlagswasserabflusses gem. Trennerlass [Erlasses des MUNLV vom 26.05.2004]

Kategorie	Belastung gem. Trennerlass [Anlage 1]	DTV [Kfz/d]	Behandlung
I <input type="checkbox"/>	I unbelastetes Niederschlagswasser	-	nicht behandlungsbedürftig
IIa <input type="checkbox"/>	II schwach belastetes Niederschlagswasser	0 Kfz/d < DTV < 2000 Kfz/d	nicht behandlungsbedürftig
IIb <input type="checkbox"/>		DTV > 2000 Kfz/d	behandlungsbedürftig
III <input type="checkbox"/>	III stark belastetes Niederschlagswasser	DTV > 15000 Kfz/d	behandlungsbedürftig

Sofern Flächen unter IIb und III kategorisiert sind, ist nachfolgend (bzw. differenzierter im Erläuterungsbericht zum Erlaubnis Antrag) eine Einschätzung zur Behandlungsbedürftigkeit vorzunehmen:

2. Regenwasserbehandlung

Folgende Regenwasserbehandlung ist vorhanden / bzw. geplant:

3. Die zur Gewässerbenutzung führenden Abwasseranlagen genügen den allgemein anerkannten Regeln der Technik.

ja  nein

Grundwasserschutz

Anforderungen an den Grundwasserschutz, insbesondere, wenn ein Wasser- oder Heilquellenschutzgebiet betroffen ist.

Altlasten:

Anforderungen an die Einleitung, die sich daraus ergeben, dass Altlasten oder Verdachtsflächen im Wirkungsbereich der Einleitung oder des Einzugsgebietes vorhanden ist.

Gewässer:

Hochwasserschutz

1. Wasserführung, Angabe von MNQ, MW, HQ, Überflutungshäufigkeit
2. Aussagen zur Schutzbedürftigkeit (z.B. Schutzgrad in Anlehnung an DIN 19700)
3. Nachweis des schadlosen Abflusses, Überflutungshäufigkeit
4. Daraus resultierende Anforderungen / Sanierungsmaßnahmen

Wenn im Rahmen eines anderen Erlaubnisverfahrens ein Nachweis für ein Gewässer oder einen Gewässerabschnitt geführt worden ist, reicht ein Hinweis darauf mit kurzer Ergebnisdarstellung aus.

### Gewässergüte

1. Beschreibung des Gewässerzustandes, Gewässerstrukturgüte, Beurteilung von vorhandenen Gewässeruntersuchungen
2. Ermittlung des zulässigen Einleitungsabflusses (BWK-Merkblattes M 3)
3. Immissionsbetrachtung (z.B. nach BWK-Merkblatt M 3)
4. Beurteilung der quantitativen und qualitativen Auswirkungen der Einleitung(en) auf das Gewässer(-system)
5. Daraus resultierende Anforderungen (z.B. Rückhaltungen im Kanalnetz, Bodenfilter als weitergehende Behandlungsmaßnahme des Niederschlagswassers)

Art und Umfang der Immissionsbetrachtung Nummern 2 - 5 sind mit dem Kreis Paderborn (Umweltamt) vor Antragstellung abzustimmen.

Ist im Rahmen eines anderen Erlaubnisverfahrens eine Immissionsbetrachtung eines Gewässers bzw. Gewässerabschnittes erfolgt, der auch die beantragte Gewässerbenutzung betrifft, reicht ein Hinweis darauf mit kurzer Ergebnisdarstellung aus.

### Sicherheit und Gefahrenabwehr

1. Bauwerke im Wirkungsbereich der Einleitung
2. Gefahren durch Flutwelle möglich? Wenn ja, welche Vorkehrungen werden/wurden getroffen?
3. Nutzungen im Einleitungsbereich (Spielplätze, Kindergarten, Verkehrswege, Wander- oder Radwege, Bebauung o.a.)
4. Sicherungsmaßnahmen (z.B. Einstiegssicherungen, Einzäunung etc., ggf. Dokumentation durch Fotos)

## **7. Anlagenverzeichnis**

Folgende Anlagen sind in 4-facher Ausfertigung beigelegt:

- 7.1 Antragsschreiben
- 7.2 Erläuterungsbericht
  - Bezeichnung der Einleitungsstelle (Gemarkung, Flur, Flurstück)
  - Beschreibung des Auslaufbauwerks
  - Art des Abwassers
  - Zweck der Einleitung
  - Beschreibung der Abwasseranlage bzw. des Sonderbauwerks
  - Reststoffbeseitigung und Verbleib
  - Mögliche Gefährdungen durch die Einleitung
  - Maßnahmen zur Vermeidung und Beseitigung von Gefährdungen
  - Altlasten und/oder Altlastenverdachtsflächen
  - Wasserschutzgebiete
  - festgesetzte Überschwemmungsgebiete
  - FFH- oder Vogelschutzgebiete
- 7.3 Nachweis der Gewässerverträglichkeit (z.B. mittels BWK-Merkblatt M 3 bzw. Verweis auf bereits vorliegende Unterlagen, die den Nachweis enthalten)
- 7.4 Übersichtsplan

Topographische Karte im Maßstab 1:25.000 mit Kennzeichnung des Einzugsgebietes, der Sonderbauwerke und der Einleitungsstelle

7.5 Übersichtslageplan des Einleitungsbereiches

Deutsche Grundkarte im Maßstab 1:5.000 mit Angaben der Rechts- und Hochwerte für die Einleitungsstelle und der Gewässerstationierung mit Kennzeichnung der Sonderbauwerke, des Baugrundstückes, der Altlasten bzw. Altlastenverdachtsflächen, der betroffenen Wasserschutzzonen, festgesetzte Überschwemmungsgebiete und FFH – oder Vogelschutzgebiete.

7.6 Katastergleicher Lageplan des Einleitungsbereiches

Im Maßstab 1:250 oder 1:500 oder 1:1.000 oder 1 : 2.500

7.7 Darstellung des Einleitungsbauwerkes

- Zeichnungen und Grundriss, Schnitt und Draufsicht im Maßstab 1:10 bis 1:100 (je nach Größe)
- bei bestehenden Einleitungsbauwerken: zusätzlich Fotos

.....  
Ort, Datum

.....  
rechtsverbindliche Unterschrift